

Presseinformation zur Lehrstellenkrise

Jugendliche werden dem Markt geopfert: auch unter Rot-Grün!

Die Regierung Schröder führt Jugendliche seit vier Jahren an der Nase herum!

- und nach der Bundestagswahl 2002 soll es wohl so weitergehen!

Im SPD-Regierungsprogramm 2002 heißt es:

„In Deutschland gibt es wieder mehr Ausbildungsstellen als Bewerber. Alle Jugendlichen können eine Lehrstelle bekommen!“

Mit solchen Informationen täuscht die SPD seit Jahren ihre Parteimitglieder, das Parlament und die Öffentlichkeit. Bildungsministerin Bulmahn behauptet am 6. Sep. auf dem BundesschülerInnenkongress:

„In Deutschland fehlen in diesem Jahr noch 15.000 bis 20.000 Ausbildungsplätze. In den Jahren 2000 und 2001 sei es gelungen, den Bedarf zu decken.“ (taz, 9.9.02)

Beide Aussagen sind schlichtweg falsch! Der Augustbericht der Bundesanstalt für Arbeit lässt auf eine Lücke von ca. 150.000 Ausbildungsplätzen schließen. Allein in Hessen suchten zum Beginn(!) des neuen Ausbildungsjahres noch 15.000 Jugendliche eine Lehrstelle. Deshalb startet am 21.8. Ministerpräsident Koch mit Radio FFH die Aktion „Lehrstellen jetzt“. Eine heuchlerische Aktion: Es war die CDU/FDP Regierung unter Kohl, die sich über Jahre hinweg geweigert hatte notwendige gesetzliche Maßnahmen gegen die bereits 1995(!) beginnende dritte(!) Lehrstellenkrise zu ergreifen.

In den vergangenen Jahren gab es auch keine „ausgeglichene“ Lehrstellenbilanz, wie Bulmahn immer wieder behauptet. Mit einem irreführenden Zahlenvergleich zwischen offenen Stellen und nicht vermittelten Bewerbern verschleiert die rot-grüne Regierung seit Jahren die tatsächliche Lehrstellensituation. Dabei fallen jene Jugendliche unter den Tisch, die sich mangels Ausbildungsplätze in einer der vielen Warteschleifen befinden oder die langjährige Suche nach einer Lehrstelle bereits aufgegeben haben.

Fakten zur Lehrstellensituation:

- Bis Ende August wurden 42.571 (- 7,6%!) betriebliche Ausbildungsplätze weniger als im Vorjahresmonat gemeldet. Und dies bei einer steigenden Zahl von Schulabgängern. (Bundesanstalt für Arbeit, Aug. 2002)
- Die Zahl der insg. abgeschlossenen Lehrverträge verringerte sich seit 1999 - bei einer steigenden(!) Zahl von Schulabgängern - um 17.163 (2,7%). (Statistisches Bundesamt)
- Der Staat finanziert mit Notprogrammen (Jump, etc.) Lehrstellen in Milliardenhöhe, die Betriebe ziehen sich weiter aus ihrer Verantwortung zurück. Im letzten Jahr stellten die Betriebe 5.801 Lehrstellen weniger als noch 1998 bereit. (Statistisches Bundesamt)
- Für ein auswahlfähiges Angebot - es setzt laut Bundesverfassungsgericht 12,5% mehr Lehrstellen als Bewerber voraus - fehlen bundesweit ca. 210.000 Ausbildungsplätze. (Bericht des BiBB, 11.3.02)
- 500.000 Jugendliche sind arbeitslos, soviel wie 1997. (Bundesanstalt für Arbeit, Aug. 2002)

SPD löst ihr Wahlversprechen nicht ein!

Noch in der Opposition wollten SPD und GRÜNE die verfassungswidrige Lehrstellensituation mit einem Gesetz zur „Umlagefinanzierung der Ausbildung“ beenden. Doch die CDU/FDP Mehrheit lehnte dazu im Bundestag am 28. Mai 1998 alle Vorschläge und eine Petition mit über 60.000 Unterschriften ab.

Gleich nach der Bundestagswahl 1998 ließ Kanzler Schröder den Gesetzentwurf der SPD in der Schublade verschwinden. 1999 stimmen SPD und GRÜNE im Bundestag sogar gegen ein „Ausbildungsplatzgesetz“ das ihren eigenen Entwürfen aus dem Jahr 1998 entsprach.

Mit dem „Jump-Programm“ und den Konsensgesprächen im „Bündnis für Arbeit“ täuschte die rot-grüne Regierung einen Lösungsweg vor, der eine nachhaltige Beseitigung des Lehrstellenmangels doch nur weiter verschleppte. Selbst der rechtlich unverbindliche „Ausbildungskonsens“ wurde Jahr für Jahr nicht eingehalten. Wie die Kohl-Regierung begnügten sich auch SPD und GRÜNE weitgehend mit Appellen an die Arbeitgeber und finanzierte mit Steuergeldern Lehrstellen, die von den Betrieben bereitzustellen wären. Aber auch der Deutsche Gewerkschaftsbund ist vor dem Druck der Arbeitgeberverbände im „Bündnis für Arbeit“ eingeknickt. Er hat für die Dauer der Bündnisgespräche die Forderung zur Einführung der Umlagefinanzierung zurückgestellt.

Was steckt hinter der Politik von Christ- und Sozialdemokraten?

Warum ließ die SPD in der Regierung ihr eigenes „Ausbildungsplatzgesetz“ fallen? SPD-Vize Wolfgang Thierse erklärte dazu am 8.6.2001 Jugendlichen gegenüber:

Der Widerstand der Wirtschaft hindert uns daran. (...) „Ich sehe in der SPD keine große Neigung einen weiteren Streit mit der Wirtschaft anzuzetteln! (...) „Gesetze lassen sich nicht gegen die Wirtschaft durchsetzen!“

Die Ohnmacht der Politik und die Zwänge der Marktwirtschaft mit ihren fatalen Folgen auch für die Jugendlichen wurden schon von anderer Seite auf den Punkt gebracht.

Die CDU-Regierung stellte 1997 bei ihrer Ablehnung der Petition für ein „Ausbildungsgesetz“ fest:

„Eine Ausbildungsabgabe wäre auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland in hohem Maße abträglich, weil sie zu einer Belastung für die Betriebe führt und der Produktionsfaktor Arbeit auf jeden Fall entlastet werden muss.“

Der Geschäftsführer des Unternehmerverbandes Südhessen Wolfgang Drechsler antwortete am 26.7.1999 auf die Frage „Warum es zu wenig Lehrstellen gibt?“ so:

Die Unternehmer treffen Entscheidungen in erster Linie nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Wenn sich die Ausbildung nicht rechnet, wird eben nicht ausgebildet!

In der Frankfurter Rundschau äußerte sich der Darmstädter SPD-Bundestagsabgeordnete und Bildungsexperte(!) Walter Hoffmann am 4.9.1999 zur Frage "Muss nicht doch die Ausbildungsabgabe her?":

"Der Kanzler ist sehr skeptisch, und auch in der SPD ist die Meinung geteilt. Letztlich entscheidet(!) der Markt(!)."

In der Marktwirtschaft verkommt auch der Jugendliche, zum Kostenfaktor. Und wenn es sein muss, steht er nach der Schule auf der Straße. Die „Würde des Menschen“, als höchster Verfassungsgrundsatz, steht für viele nur auf dem Papier.

Der Har(t)zer Käse stinkt

Mit dem Hartz-Konzept (Modul 4) wollen SPD und GRÜNE jetzt sogar die Betriebe „entlasten“ und dafür Eltern und Großeltern die Ausbildung bezahlen lassen. Damit wird die verfassungsrechtliche Verantwortung der Arbeitgeber für die Berufsausbildung – die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 10.12.1980 ausführlich begründet hat – ausgehebelt. Das Konzept kommt einer Rolle rückwärts ins 18. Jahrhundert gleich. Damals mussten Lehrlinge in der Regel auch Lehrgeld mit zur Arbeit bringen.

Lehren aus den Lehrstellenkrisen

Die Bilanz von vier Jahren rot-grüner Ausbildungspolitik belegt, was schon unter der Kohlregierung und in den Lehrstellenkrisen der siebziger und achtziger Jahre zur Gewissheit wurde: Appelle und bloße Absprachen mit den Arbeitgebern als Politikersatz helfen nicht weiter. Die „Lehrstellenversprechen“ unter Kohl und der „Ausbildungskonsens“ unter Schröder zeugen von einer Politik der Ohnmacht, die zu einer immer größeren Heerschar junger Menschen ohne Berufsausbildung geführt hat. Dafür tragen nunmehr CDU, FDP, SPD und GRÜNE gleichermaßen die Verantwortung.

Wie auch der Offenbarungseid von Thierse zeigt, wird über die Zukunft der Jugendlichen am wenigsten im Parlament entschieden. Darüber entscheidet „die Wirtschaft“, „der Markt“, sprich die Unternehmer. Aber auch sie können nicht frei handeln: Die Konkurrenz und der „Zwang zur Gewinnmaximierung“ diktiert ihnen, was sie zu tun und zu lassen haben.

Wenn das Parlament nicht die politische und wirtschaftliche Handlungskompetenz übernimmt, werden weiterhin viele Jugendliche „auf der Strecke“ und ohne Ausbildung bleiben. Die überaus krasse Situation in Ostdeutschland hat inzwischen unverkennbar ihre Spur auch im Rechtsextremismus hinterlassen. Dafür trägt nun auch die rot-grüne Regierung eine Mitverantwortung.

Wer nicht ausbildet, muss zahlen! Wer ausbildet, wird unterstützt!

Die Berufsausbildung braucht ein finanzielles Fundament, das gesetzlich(!) sicherstellt, dass alle(!) Jugendlichen unabhängig(!) von der Konjunktur eine qualifizierte Ausbildung absolvieren können. Dazu sind alle Betriebe finanziell über eine Umlage an der Ausbildung zu beteiligen. Mit diesem Geld könnten insb. für die „benachteiligten“ Jugendlichen, die auch in denkbaren Zeiten eines Lehrstellenüberhangs Probleme haben werden eine reguläre betriebliche Lehrstelle zu bekommen, qualifizierte Ausbildungsplätze geschaffen werden. Zugleich würde die Umlage den Staatshaushalt entlasten.

Zur gesetzlichen Umlagefinanzierung der Ausbildung gibt es keine Alternative - es sei denn die Überwindung der auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Marktwirtschaft!

weitere Infos:

Bündnis gegen Ausbildungsplatzmangel und Jugendarbeitslosigkeit
c/o Helmut Weick, Hainstraße 7, 64342 Seeheim-Jugenheim

www.ausbildungsplatzgesetz.de

info@ausbildungsplatzgesetz.de